

Paul Ryan und Donald Trump nähern sich an und das Ringen um die Zukunft von Obamacare geht in die nächste Runde

Zusammenfassung der US-Berichterstattung für die Woche vom 9. bis 13. Mai 2016

(dn) In dieser Woche befassten sich die U.S.-Medien unter anderem mit dem Verhältnis zwischen dem designierten republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump und dem republikanischen Sprecher des Repräsentantenhauses Paul Ryan, sowie mit den potentiellen Auswirkungen einer Gerichtsentscheidung gegen Obamas Gesundheitsreform.

Nachdem Paul Ryan sich in der vorangehenden Woche in einem Interview mit CNN geweigert hatte, Donald Trump zu unterstützen, trafen sich die beiden Republikaner Donnerstagvormittag in Washington um die Wogen zu glätten. Auch wenn Ryan anschließend von einer „ermutigenden Begegnung“ sprach, ließ er weiterhin offen, ob er Trump unterstützen würde. Zwar waren sich die Medien einig darüber, dass Ryan in näherer Zukunft Trump die Unterstützung zusagen würde, allerdings betonten sie in ihrer Berichterstattung verschiedene Aspekte des innerparteilichen Konfliktes.

Die *Washington Post* untermauerte die Prognose einer Konsolidierung mit zwei aus republikanischer Sicht dafürsprechenden Faktoren: Amerika könne sich nicht Hillary Clinton als Präsidentin leisten, und Trump und Ryan würden in vielen Grundsätzen zumindest näherungsweise übereinstimmen. Ryans politische Zukunft, so die *Post*, würde unabhängig von seiner Unterstützung in den Händen Trumps liegen. Nur wenn Trump zu einer echten Kooperation bereit sei, sei es für Ryan möglich den Spagat zwischen konservativen Prinzipien und seiner amtsbedingten Pflicht der Wahl der republikanischen Basis Respekt zu zollen zu bewältigen.

Politico schreibt, dass ein oberflächliches Zusammenkommen der beiden Seiten zwar unvermeidlich sei, da beide ultimativ die Kontrolle des Weißen Hauses zum Ziel haben, aber dennoch eine tiefere Spaltung zwischen den republikanischen Intellektuellen, welche durch

Ryan personifiziert werden, und der frustrierten Basis, welche Donald Trump zu ihrem Vertreter erhoben hat, fortbestehen würde. Laut *Politico* befinden sich die beiden Republikaner sowohl inhaltlich als auch gemütsmäßig „auf verschiedenen Planeten“, weswegen ein volles Gelingen des „politischen Zweckbündnisses“ fraglich sei.

Die *New York Times* pries Ryans bisherige Verweigerungshaltung als ein Wiederaufleben einer vergessenen politischen Kunst: der innerparteilichen Skepsis gegenüber den Vorschlägen der eigenen präsidentialen Leitfigur. Die bedingungslose Unterstützungshaltung von Demokraten gegenüber der Obama-Regierung – trotz „amateurhaften und kontraproduktiven“ Vorschlägen – und die fehlende republikanische Reaktion auf die Fehler der Bush-Regierung im Irak-Einsatz und bei der Reaktion auf den Hurrikan Katrina seien ein Indiz für einen „katastrophal defekten“ Prozess. Trotz der Risiken eines offenen Konfliktes könnte eine der jetzigen Positionierung ähnliche Einstellung während einer Trump-Präsidentschaft einen positiven Effekt mit sich bringen. Eine solche Haltung könnte laut der *Times* dafür sorgen, dass die Legislative sich wieder stärker als eine eigenständige Institution begreift und ihre Kontrollfunktion gegenüber der Exekutive in überparteilicher Manier ausführt.

Neben der alles dominierenden Berichterstattung über Trump und das Präsidentschaftsrennen beschäftigte sich die U.S. Presse in der vergangenen Woche auch mit der Zukunft von Obamas Gesundheitsreform. Bundesbezirksrichterin Rosemary W. Collyer gab am Donnerstag einer 2014 durch den damaligen Sprecher des Repräsentantenhauses John Boehner angestregten Klage gegen einen Teil der Gesundheitsreform statt. Die republikanische Seite argumentierte, dass die Obama-Regierung bei der Implementation von Obamacare ihre Exekutivbefugnisse überschreiten würde, indem sie Mittel aus einem anderen Budget zur Subventionierung von Krankenversicherungen zweckentfremden würde. Collyer schrieb in ihrer Urteilsbegründung, dass der Kongress im Haushalt keine Finanzmittel für das von der Regierung betriebene 130-Milliarden-Dollar Programm zur Verfügung gestellt hat, und dass die Regierung daher kein Recht zur derartigen Nutzung dieser Mittel habe. Das Programm darf allerdings bis zum Abschluss des Revisionsprozesses weiterlaufen.

Die *Washington Post* kommentierte die Gerichtsentscheidung mit der Feststellung, dass diese potentiell das Fortbestehen der Gesundheitsreform in Frage stellen könnte. Sollte das nächsthöhere Gericht der Entscheidung Collyers folgen, so würde das ganze System an den „Rand des Kollapses“ getrieben werden. Im Gegensatz zur *Post* sieht die *New York Times* in der Klage keine „fatale Bedrohung“. Aber auch die *Times* führt an, dass ein Wegfall der

Krankenversicherungssubventionen potentiell die Beiträge der Versicherten in die Höhe treiben und damit den Krankenversicherungsmarkt erschüttern könnte. Ähnlich wie für die *Times* ist auch für *Politico* ein massenhafter Rückgang von Versicherten im Obamacare-System denkbar. Darüber hinaus hält *Politico* für den Fall einer Urteilsaufrechterhaltung auch Schadensersatzklagen der betroffenen Krankenversicherungen für wahrscheinlich. Die *Washington Post* endet ihre Analyse mit der Prognose, dass Obamacare in der derzeitigen Form vermutlich nicht von der nächsten Regierung fortgeführt werden würde, sondern dass sich das gesamte System entweder in die republikanische Richtung eines freien, subjektorientierten Marktes oder in die von vielen Demokraten präferierte Richtung einer staatlichen Einheitskasse entwickeln würde.

Quellen:

www.politico.com

www.nytimes.com

www.washingtonpost.com